

# Die Solidarität der Corona-Profiteure ist gefragt

Um die Krise wirtschaftlich abzufedern, braucht es schnelles Geld, den Verzicht auf Gebühren und einen Transfer von Gewinnern zu Verlierern.

**Martin Janssen**

Die Corona-Krise ist wie der Einschlag eines Meteoriten: Sie hat unabschätzbare Folgen. Gesundheitspolitisch wird vieles getan, aber jetzt müssen wir Massnahmen ergreifen, damit auch die wirtschaftlichen Infektionen so weit wie möglich vermieden werden. Dabei soll die freiheitliche Ordnung der Schweiz nur vorübergehend gestört werden, und nur so weit, als es unbedingt notwendig ist.

Drei Massnahmen scheinen angezeigt. Erstens müssen die Auswirkungen der Krise über die Zeit verteilt werden. Dazu soll die Eidgenossenschaft etwa 100 Milliarden Franken am Kapitalmarkt zu einem Zins von weniger als null Prozent aufnehmen und dieses Geld den Banken für Kredite an betroffene Firmen zur Verfügung stellen. Geschenke gibt es keine; die Wirtschaft kann sich nur selber helfen. Die Banken sollen die Kredite zu möglichst tiefen, aber risikogerechten Zinsen vergeben. Die Kredite sollen innerhalb von vier Jahren an die Banken und dann an den Bund zurückbezahlt werden. Der Bund teilt das den Banken ohne Verzögerung mit, damit die Banken praktisch ab morgen Kredite gewähren können.

Der Staat hat, zweitens, in den vergangenen Jahren ein dichtes Netz von Einnahmen über die erfolgreiche Wirtschaft gelegt: Mehrwertsteuern, Einkommenssteuern, Vermögenssteuern, Verkehrsabgaben, Wasserzinsen, Telefongebühren, Radio- und Fernsehgebühren und so weiter und so fort. Pro Kopf der Bevölkerung haben wir weltweit wohl den kostspieligsten Staatshaushalt.



Medikamentenhersteller gehören zu den Gewinnern der Corona-Krise. Foto: iStock

Darum muss der Staat seine Einnahmen nun sofort auf die erwarteten Verluste der Wirtschaft ausrichten. Für die nächsten Monate soll er für alle Zahlungen der Kunden an staatliche Stellen – inklusive staatsnaher Betriebe wie Swisscom, Schweizer Fernsehen oder Gemeindewerke – Aufschub gewähren. Zusätzlich soll er die Einnahmen aus Gebühren und Abgaben in diesem Jahr noch insgesamt um mindestens 10 Prozent reduzieren. Senkt der Staat die Einnahmen nicht, ist er ein Krisengewinnler. Und das passt schlecht zur aktuellen und künftigen Lage und zur staatlichen Glaubwürdigkeit.

Drittens: Einige Firmen, vor allem Gewerbetreibende, erleiden durch das Virus existenzielle Schäden. Andere Firmen, beispielsweise die Pharmaindustrie, profitieren von den Ereignissen. Es stellt sich die Frage, ob die Gewinner die Verlierer nicht entschädigen sollten. Ich beantworte die Frage nicht aus ethischer, sondern aus ökonomischer Sicht. Es ist offensicht-

lich, dass es viele Firmen negativ trifft, die ohne Corona-Krise überlebt hätten. Wirtschaftlich macht es also Sinn, diese Firmen nicht einfach untergehen zu lassen. Ein Transfer von den Gewinnern zu den Verlierern dürfte im überwiegenden Interesse aller sein, weil der Absturz der Wirtschaft dann deutlich geringer ausfallen wird. Die konkrete Ausgestaltung dieser Transfers ist natürlich schwierig. Aber es gibt sicher einen praktikablen Weg, zu dem das ganze politische Spektrum wird Ja sagen können.

Wichtig ist, dass das rasch passiert und dass die freiheitliche Ordnung nur vorübergehend gestört wird.



**Martin Janssen**  
Emeritierter Professor für  
Finanzmarktökonomie und  
Unternehmer.